



Sehr geehrte Damen und Herren,

"Eine kerneuropäische Föderation – Vision von einem weltpolitisch handlungsfähigen Europa"

so der Titel meines Vortrags – der bereits eine unserer zentralen Ideen bei Nova Europa widerspiegelt.

Bevor ich inhaltlich darauf eingehe, darf ich einleitend erläutern wer und was Nova EUropa ist.

Die christlich-soziale Plattform "Nova EUropa" wurde im Dezember 2003 von einer kleinen Gruppe in einem Wiener Kaffeehaus gegründet. Die eigentlichen Gründer neben meiner Person waren Mag. Christoph Korosec und Dr. Reinhard Petschnigg.

Ziemlich bald haben sich unserer Gruppe prominente Persönlichkeiten angeschlossen – General Karl Majcen war einer der Ersten. Neben ihm sind noch folgende Persönlichkeiten im Präsidium unseres Vereins:

- Alt-ÖVP-Klubobmann Fritz König – der Vorsitzende des Präsidiums
- Altvizekanzler Josef Riegler,
- Alt-Nationalratspräsident Heinrich Neisser,
- Alt-Nationalratspräsident NR Werner Fasslabend,
- Lt.-Abg. Ingrid Korosec,
- der Wiener ÖVP-Klubobmann Matthias Tschirf,
- die Botschafter Manfred Scheich und Erich Hochleitner
- Prof. Heinrich Wohlmeyer,
- und der Franziskanerpater Ulrich Zankanella

Nun, was sind die Ziele, was sind die Ideen von Nova EUropa?
– die Vision von einem weltpolitisch handlungsfähigen Europa?

Es ist viel mehr! Unsere Vision ist die Vision von einer Welt,

- die für alle Menschen lebenswert ist,
- einer Welt, die auch für die nächsten Generationen lebenswert bleibt,
- einer Welt der sozialen Gerechtigkeit, zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten;

Dazu brauchen wir ein handlungsfähiges Europa, ein weltpolitisch und ein wirtschaftspolitisch handlungsfähiges Europa!

Bevor ich auf die kerneuropäische Föderation komme, möchte ich skizzieren, was eigentlich die Herausforderungen sind, die uns auf diesen Lösungsansatz gebracht haben.

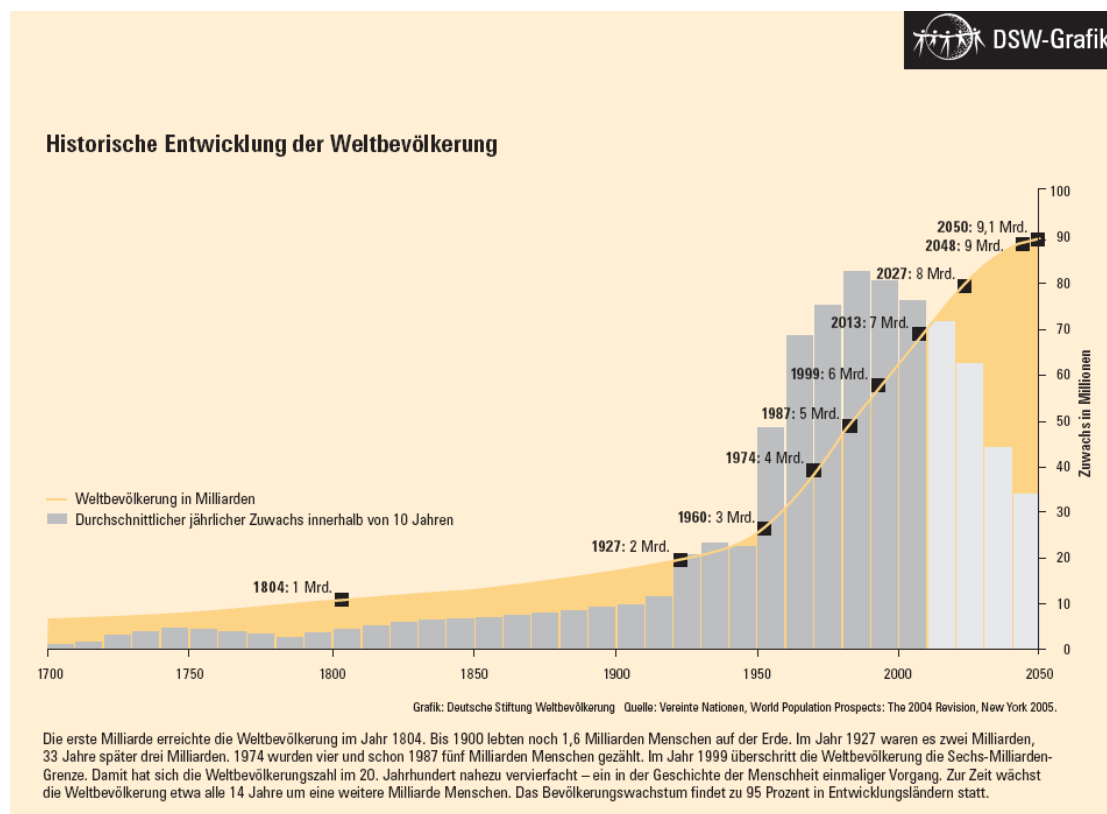
- Also, was sind die Herausforderungen des neuen – des jungen 21. Jahrhunderts?
- Sind die europäischen Nationalstaaten in der Lage, diese Herausforderungen zu meistern?
- Ist die EU in der Lage, die richtigen Antworten zu geben?

Wir haben vier wesentlicher Herausforderungen identifiziert:

1. Die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen insb. durch den von uns Menschen verursachten Klimawandel, die Ausbeutung und Plünderung der Erde, die beständig wachsende Weltbevölkerung und die Frage der Versorgung der Menschheit insb. mit Wasser und Nahrung;
2. Die Kriege zwischen und vor allem auch innerhalb von Staaten, die angesichts der ökologischen Entwicklung und der zunehmenden Verelendung der wachsenden Massen in den Entwicklungsländern noch zunehmen werden;
Hinzu kommt die Gefahr der wachsenden Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Terrorismus – und die steigende Gefahr, dass Terroristen in den Besitz von biologischen, chemischen oder atomaren Waffen kommen.
3. Die dritte Herausforderung ist eigentlich ein Bündel an gesellschafts- und innenpolitischen Herausforderungen: Sicherheit, Islam in Europa, demographische Entwicklung, Zuwanderung ... um nur einige zu nennen;
Die größten Herausforderungen innen- und gesellschaftspolitischer Natur könnten uns drohen, wenn die Klimakatastrophe Realität wird.
4. Die vierte große Herausforderung ist jene der Globalisierung der Weltwirtschaft. Die von IWF und WTO betriebene Politik der Liberalisierung der Güter- und Kapitalmärkte – vor allem deren verfrühte Öffnung – hat für viele Entwicklungsländer, vor allem für die Armen in diesen Staaten, verheerende Folgen.
Für uns in Europa bedeutet die Globalisierung – neben Chancen – die Bedrohung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells – nämlich einer Marktwirtschaft, die durch einen ordnungspolitischen Rahmen, sozialen Ausgleich und eine aktive Wirtschaftspolitik gekennzeichnet ist.

Die Ökologische Herausforderung:

Die wichtigste Herausforderung für die Menschheit ist die der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch eine beständig wachsende Weltbevölkerung und deren – d.h. unserer – Wirtschaftsweise. 6,6 Mrd. Menschen bevölkern die Erde mit Beginn des Jahres 2007, während es im Jahr 1900 gerade mal 1,6 Mrd. waren. Jährlich wächst die Menschheit um 80 Mio. – beides zeigt die Graphik hier.



Das Wachstum findet heute eigentlich nur in den Entwicklungsländern statt und hier wächst Afrika am schnellsten – mit 2,4 % jährlich – was einer Verdoppelungszeit von gerade 29 Jahren entspricht.

Nun, es ist uns, das heißt es ist der Menschheit gelungen, die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in einem noch ungleich stärkeren Ausmaß zu steigern. Wir hier in den entwickelten Industriestaaten haben ein Wohlstandsniveau erreicht, das es nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. Diese Entwicklung beginnt aber an ihre Grenzen zu stoßen. Es muss uns klar sein, dass auf einem Planeten mit begrenzter Oberfläche und begrenzten Ressourcen ein grenzenloses Wachstum von Bevölkerung, Ressourcenverbrauch und Nahrungsmittelproduktion nicht möglich sind. Gerade was die Nahrungsmittel betrifft sind die Möglichkeiten zur Produktionssteigerung durch Düngen und Schädlingsbekämpfung – die Errungenschaften der sog. Grünen Revolution – bereits weitgehend ausgereizt. Durch Bodenerosion, Verwüstung, Versalzung und Kontaminierung gehen jährlich gewaltige Flächen für die agrarische Produktion verloren. Der jährliche Verlust an Mutterboden beträgt ca. 24 Mrd. Tonnen, das sind in zehn Jahren mehr als die Hälfte der Anbaufläche der USA.

Die aktuell größte Bedrohung geht zweifellos vom ungebremst stattfindenden Klimawandel aus. Die Folgen sind noch nicht ganz klar – so könnte es in Europa wärmer, aber auch kälter werden – kälter, wenn der Golfstrom an Kraft verliert und schließlich ganz kollabiert. Klar aber ist, dass die Folgen für die Küstenstädte infolge des Anstiegs des Meeresspiegels dramatisch sein werden. Viele Millionen von Menschen werden in anderen Gebieten angesiedelt werden müssen – auch außerhalb des jeweils eigenen Staates. Die Folgen für die Agrarproduktion sind noch gar nicht abzuschätzen. Große Gebiete Sibiriens oder Kanadas könnten landwirtschaftlich nutzbar werden – verbunden aber mit einem gewaltigen Verlust an Waldfläche – während in anderen Gebieten die Wüstenbildung voranschreiten könnte. In Europa wird die Mittelmeerregion in starkem Maße negativ betroffen sein.

Nun, wir sind noch mit einer Vielzahl anderer ökologischer Bedrohungen konfrontiert: Mit der Vergiftung und Verseuchung von Böden, Luft und Meeren, mit der Rodung der letzten tropischen Urwälder, mit dem dramatischen Rückgang der Artenvielfalt, mit dem Leerfischen der Meere und der Zerstörung der maritimen Ökosysteme u.a. durch die Schleppnetzfisherei ...

Es muss uns klar sein, dass diese Wirtschaftsweise der Plünderung, der Ausbeutung und der Vergiftung unseres Planeten und der künstlichen Änderung des Weltklimas zur Katastrophe führen muss!

Kriege, Massenvernichtungswaffen ...:

Ich komme zur zweiten großen Herausforderung!

Wir werden in unserem Jahrhundert weiterhin mit Kriegen konfrontiert sein – Kriegen im Inneren von Staaten und Kriegen zwischen Staaten. Klimawandel, Umweltzerstörung, Bevölkerungsexplosion, Wassermangel, Hunger, Aids werden die Situation in vielen Drittweltländern verschärfen – daher ist zu erwarten, dass Bürgerkriege und Kriege sogar noch häufiger werden.

Für Europa hat sich das geopolitische Umfeld seit dem Ende des Kalten Krieges gewandelt – die Bedrohung kommt nicht mehr aus dem Osten sondern aus dem Süden! Dort – im Mittleren Osten und in Nordafrika – braut sich eine gefährliche Mischung aus hohem Bevölkerungswachstum, Verelendung immer breiterer Schichten und islamischen Fundamentalismus zusammen. Es muss uns bewusst werden, dass nicht US-Städte sondern europäische Städte in Reichweite von Mittelstreckenraketen aus dem Nahen Osten – zum Beispiel aus dem Iran – liegen. Europa ist wesentlich gefährdeter als die USA!

Der Verbreitungsgrad von Massenvernichtungswaffen wird zunehmen, die Wahrscheinlichkeit, dass Terroristen in den Besitz solcher Waffen kommen, wird größer.

Damit sind wir bereits bei den innenpolitischen Herausforderungen.

Innen- und Gesellschaftspolitischen Herausforderungen ...:

Die größte innenpolitische Bedrohung wird aber nicht vom Terrorismus – nein sie wird vom Klimawandel ausgehen! Wir erinnern uns sicher alle an eine entsprechende Studie aus dem Pentagon.

Wir müssen, damit rechnen, dass –

- aufgrund der steigenden Meeresspiegel – Millionen von Menschen in Europa zur Flüchtlingen werden könnten.
- Wir müssen mit einem zunehmenden Migrationsdruck aus der Dritten Welt rechnen – angesichts von Dürren, Überschwemmungen, der Überflutung von Land und ganzen Städten ...
- Wir müssen mit wirtschaftlicher Depression, mit steigender Arbeitslosigkeit, sehr wahrscheinlich auch mit einer Unterversorgung mit Nahrungsmitteln – also Hunger – rechnen.
- Angesichts dieses Szenarios ist eine Zunahme von Überfremdungsängsten, wachsende politische Polarisierung, Zulauf zu radikalen politischen Bewegungen und möglicherweise der Zusammenbruch von Demokratien und neue autoritäre und totalitäre Systeme bis hin zur Gefährdung des Friedens in Europa möglich und wahrscheinlich.

Globalisierung der Weltwirtschaft und Machtverlust des Nationalstaates

Ich komme zur Ökonomie als der vierten großen Herausforderung.

Ich möchte hier Heiner Geißler zitieren, der vor den deutschen Wahlen in einem Profil-Interview Folgendes sagte:

"Die Dinge stehen auf dem Kopf: Die Wirtschaft dient nicht dem Menschen sondern beherrscht ihn. Und die Menschen verzweifeln an der Unfähigkeit der Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft und Journalismus, Konzepte zu entwickeln, die es erlauben, Globalisierung human zu gestalten."

Nun, was macht diese Globalisierung aus? Die von der Ideologie des Neoliberalismus geprägte Globalisierung der Wirtschaft hat die nationale Wirtschaftspolitik ausgehebelt. Aus dem "Primat der Politik über die Wirtschaft" – der Voraussetzung für Soziale Marktwirtschaft – ist der "Primat der anonymen globalen Marktkräfte über die Politik" geworden.

- Unternehmen und Konzerne können – bedingt durch Kapitalverkehrsliberalisierung und steten Abbau der Handelsbarrieren – ihre Produktionsstandorte an fast jeden Ort der Erde verlagern – und sie tun es oder drohen zumindest damit. Die Produktion wird dorthin verlagert, wo die Gewinne am größten sind – zulasten der Löhne und des Umweltschutzes.
- Diese Mobilität der Betriebe hat zusammen mit der hohen Arbeitslosigkeit dazu geführt, dass die alte Balance zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus dem Lot geraten ist. Durch die Möglichkeit der Abwanderung bleiben die Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Seit dem Ende der Siebzigerjahre sinkt daher in Westeuropa die Lohnquote während spiegelbildlich die Gewinnquote steigt. Erst kürzlich ergab eine Umfrage in Deutschland, dass die Menschen nicht glauben, dass das derzeit hohe Wirtschaftswachstum über ausreichende Lohnerhöhungen bei ihnen ankommt.
- Dasselbe spielt sich bei den Steuern ab: Nicht nur Unternehmen, auch Finanzkapital, große Vermögen und Spitzenverdiener sind mobil. Daher findet auch ein Standortwettbewerb zwischen den Staaten um die niedrigsten Unternehmenssteuer-, Kapitalertragsteuer-, Vermögenssteuer- und Spitzensteuersätze im Einkommenssteuerrecht statt. Wobei diesen Steuerwettbewerb, genauso wie den Lohnwettbewerb niemand gewinnen kann – weil alle mitmachen müssen und all mitmachen.

Nun, wer zahlt Steuern und Sozialabgaben? Es sind die Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen, die mittelständische Wirtschaft, und vor allem die Konsumenten, also all jene die nicht mobil oder nur in geringerem Ausmaß mobil sind.

Durch die Austrocknung der Staatshaushalte fehlen die Mittel, um in ausreichendem Masse in positive Standortfaktoren, in Forschung, Bildung und Infrastruktur zu investieren. Die Standortkonkurrenz verhindert zudem eine – durch die demographische Entwicklung in Europa notwendig gewordene – Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Richtung einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage auf die gesamte Wertschöpfung.

Das alles führt zum Paradox, dass wir immer reicher werden – BIP und Volkseinkommen wachsen Jahr für Jahr – und trotzdem müssen wir feststellen, dass wir uns Pensions- und Gesundheitssysteme auf dem bisherigen Niveau nicht mehr leisten können.

- Die hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibenden Löhne und die Verunsicherung durch die Reformen der Sozialsysteme haben dazu geführt, dass in Europa die Binnennachfrage schwächt. Damit schließt sich der Kreis: Die zu geringe Binnennachfrage ist ein wesentlicher Grund für die Arbeitslosigkeit – und Arbeitslosigkeit führt zum Druck auf die Löhne, wobei deren Entwicklung entscheidend für die Binnennachfrage ist.

Die Soziale Marktwirtschaft ist unter diesen Rahmenbedingungen der neoliberalen Globalisierung langfristig nicht aufrechtzuerhalten – und von einer Weiterentwicklung Richtung Ökosoziale Marktwirtschaft sind wir weit entfernt. Britische Ökonomen sagen das ganz offen – "Die Soziale Marktwirtschaft ist tot". Ich habe das selbst beim Europaforum Wachau im Jahre 2005 aus dem Munde eines Senior Political Counsellors bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gehört.

Es droht also ein Rückfall in die ungezügelte Marktwirtschaft ohne das Wörtchen "sozial" davor.

⇒ Der Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts hat als Reaktion auf unbeschreibliches menschliches Leid, Unrecht und Arbeitslosigkeit – Kommunismus und Nationalsozialismus hervorgebracht.

⇒ Der Wirtschaftsliberalismus in seiner aufgewärmten Variante als globaler Neoliberalismus ist schon heute eine der wesentlichen Ursachen für das Entstehen von Bewegungen – wir können sie auch als Gegenbewegungen bezeichnen – deren Gefährlichkeit sich im Falle eines dramatischen Klimawandels noch verstärken würde: Rechter und linker Nationalismus – letztere in Form von Antiglobalisierungsbewegungen – und in der islamischen Welt "religiöser Fundamentalismus".

Nun, das sind jetzt eine Menge an Herausforderungen – man könnte auch sagen ein Schreckensszenario. Damit es ein Szenario bleibt, müssen wir gegensteuern – rechtzeitig gegensteuern!

Sind die europäischen Nationalstaaten in der Lage, diese gewaltigen Herausforderungen zu meistern?

Nun, wir brauchen hier nicht viel Zeit dafür aufzuwenden. Ich denke es ist uns klar, dass die europäischen Nationalstaaten und erst recht so kleine Länder wie Österreich alleine den allergrößten Teil der angesprochenen Herausforderungen nicht bewältigen können. Die europäischen Nationalstaaten werden – allein – weder in der Lage sein, sich von den weltweiten Entwicklungen und Bedrohungen abzuschotten, noch können sie wirksamen Einfluss auf die Weltpolitik nehmen, die Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft verändern oder internationale Umweltschutzabkommen wirksam beeinflussen.

Haben wir gemeinsam – durch die EU – bessere Möglichkeiten, oder anders ausgedrückt: Ist die Europäische Union den Herausforderungen gewachsen?

Nach allgemein herrschender Auffassung – Bundeskanzlerin Merkel hat sich erst jüngst in diesem Sinne geäußert – ist die Handlungsfähigkeit der EU der 27 mit den gegenwärtigen Strukturen stark eingeschränkt. Nur die Briten sind anderer Ansicht.

Gehen wir die einzelnen Punkte durch:

Wie sieht es mit der Umweltpolitik, mit der Klimaschutzpolitik aus?

Zwei Punkte sind hier entscheidend:

Die EU ist offensichtlich nicht in der Lage, selbst eine wirksame Umwelt- und Klimaschutzpolitik zu betreiben. Das liegt daran,

- dass sich die Wirtschaften der EU-Staaten im internationalen Wettbewerb befinden und man daher notwendige Maßnahmen nicht setzt,
- wie auch daran, dass selbst zwischen den EU-Staaten der Standortwettbewerb tobt.

Das effizienteste Instrument zum Schutz der Umwelt sind Ökosteuern. Die Einführung solcher Steuern müsste – aus verständlichen Gründen, Tanktourismus etc. – EU-weit erfolgen. Die Einführung einer solchen Steuer scheitert freilich am Einstimmigkeitsprinzip – und daran würde auch die EU-Verfassung nichts ändern.

Für die auf den Weltmärkten konkurrierende Industrie könnten auch gemeinsam keine ökologisch wirksamen Ökosteuern eingeführt werden.

Hier kann für den zweiten Punkt unmittelbar angeschlossen werden. Zur Verhinderung eines Zusammenbruchs der Ökosysteme und eines massiven Klimawandels sind weltweite Maßnahmen erforderlich. Die EU ist angesichts der Tatsache, dass sie nichts als ein etwas besserer Staatenbund ist, nicht in der Lage, einen entscheidenden Einfluss auf die internationale Politik und die wesentlichen Akteure, USA, Japan, China, Russland auszuüben.

Kann die EU im Zeitalter der Globalisierung wirksam Wirtschaftspolitik betreiben?

Der einzige Bereich der wirklich funktioniert ist die Geldpolitik. Bei der EZB handelt es sich aber nicht nur um einen vergemeinschafteten Politikbereich – es handelt sich in Wirklichkeit um eine zentrale EU-Institution, die von den nationalen Regierungen komplett unabhängig ist.

Für die Finanzpolitik – die Fiskal- und Ausgabenpolitik – war die Hoffnung europäischer Föderalisten groß, dass die Schaffung einer gemeinsamen Währung eine gemeinsame Finanzpolitik erzwingt. Nichts davon ist passiert. Die EU-Staaten stehen nicht nur im globalen Standortwettbewerb sondern sie stehen – wie bereits ausgeführt – vor allem untereinander im Standort- und Steuerwettbewerb.

Ohne Koordination der gesamten Finanzpolitik – etwas das mit 27 Staaten eigentlich nicht möglich sein kann – ist auch keine wirksame nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik möglich – eine Politik, die angesichts einer wesentlich niedrigeren Außenhandelsverflechtung der EU im Vergleich zu den Mitgliedsstaaten theoretisch wirksam betrieben werden könnte.

Wie sieht es mit der Gewährleistung der äußeren Sicherheit der EU-Staaten aus?

Keiner der europäischen Staaten – und auch nicht die europäischen NATO-Partner zusammen oder die Europäische Union – sind bei einem größeren militärischen Konflikt ohne die USA militärisch handlungsfähig.

- Es fehlen vor allem Satellitenaufklärung, Transportkapazitäten, wie Großraumflugzeuge, eine ausreichende Zahl an Flugzeugträgern und moderne Präzisionswaffen.
- Die Zersplitterung der militärischen Mittel auf viele Staaten und das Fehlen einer einheitlichen politischen Führung vermindern selbst die Wirksamkeit der vorhandenen Mittel.

Die europäische Eingreiftruppe zur Krisenprävention und Krisenbewältigung ändert nichts wirklich Wesentliches an den militärischen Möglichkeiten der Union.

- Die Eingreiftruppe ist nur handlungsfähig, wenn sie sich der Logistik und der Kommandostruktur der NATO bedienen kann.
- Die Eingreiftruppe ist zudem nur einsetzbar, wenn es zu einem Konsens aller Mitgliedsländer kommt.
- In heiklen Missionen ist ein Einsatz der EU-Eingreiftruppe aufgrund der begrenzten Stärke nur dann glaubwürdig, wenn sie im Interventionsfall nicht auf sich gestellt bleibt, sondern im Bedarfsfall weitere Einheiten herangeführt werden können.
Dies hängt von der Solidarität insb. der großen Mitgliedstaaten und im Besonderen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs ab – weil deren Regierungen unkompliziert Einheiten mobilisieren können. Käme es zu Verwicklungen mit Atommächten ist man auf die Rückendeckung und die Bereitschaft der USA angewiesen, gegebenenfalls an der Seite der Europäer einzugreifen.

Die Europäische Union als solche ist somit militärisch nicht handlungsfähig, die sicherheitspolitischen Akteure sind weiterhin die Nationalstaaten. Im größeren Maßstab ist Europa die Durchsetzung seiner Interessen und Wertvorstellungen in der Welt nur bei Deckungsgleichheit dieser Interessen mit denen der Vereinigten Staaten, an deren Seite, möglich.

Unsere Schlussfolgerung ...

Wie stehen gewaltigen Herausforderungen gegenüberstehen, die weder die europäischen Nationalstaaten noch alle gemeinsam in der EU bewältigen können. Europa ist in den entscheidenden Fragen längst nicht mehr Subjekt der Geschichte, sondern Objekt der Entwicklung – die europäische Politik längst ohne entscheidende Möglichkeiten einer Einflussnahme.

Unser Schlussfolgerung war, dass es aus europäischer Sicht – d.h. wenn wir Akteur und nicht Spielball der Geschichte sein wollen, wenn wir unser Schicksal und das Schicksal der Welt entscheidend mitgestalten wollen – dass es dann eines handlungsfähigen, starken europäischen Staates bedarf.

Da man wohl nicht davon ausgehen kann, dass alle EU-Staaten von der Notwendigkeit einer Umwandlung der EU in einen föderativen europäischen Staat zu überzeugen sind, treten wir für die Gründung einer kerneuropäischen Föderation durch die kontinentaleuropäischen westlichen EU-Staaten ein.

Joschka Fischer hat sich in seiner bemerkenswerten Rede an der Humboldt-Universität im Jahr 2000 für "den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation" ausgesprochen und weiter ausgeführt: "D.h. nichts Geringeres als ein europäisches Parlament und eine ebensolche Regierung, die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben." Und er hat auch angedacht, dass eine Avantgarde von EU-Staaten ein Gravitationszentrum bildet.

Bereits 1994 hatten Karl Lamers und Wolfgang Schäuble die Schaffung eines "Kerneuropa" vorgeschlagen. Ende 2005 ist der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt in einem 92-seitigen Manifest für die Bildung eines Europäischen Bundesstaates eingetreten, der auch nur von einem europäischen Staatenkern gebildet werden kann. "Jedes Land könnte selbst entscheiden, ob es der Föderation oder der großen Organisation der europäischen Staaten um diesen Kern herum angehören will", so Verhofstadt.

Bei uns in Österreich ist Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl im Sommer 2005 für einen "föderalistisch organisierten Bundesstaat" eingetreten, der "so funktioniert wie alle demokratischen Staaten der Welt, mit einer starken Regierung, einem starken Parlament und unabhängigen Richtern". Mit den Worten "Und wenn einige EU-Mitglieder dazu nicht bereit sein sollten – auch recht", hat er sich ebenfalls für ein "Kerneuropa" ausgesprochen.

Wir haben Kerneuropa zunächst als zweitbeste Lösung gesehen – beste Lösung wäre die Weiterentwicklung der gesamten EU zu einer Föderation gewesen.

Wir sind in der Zwischenzeit aber zur Auffassung gelangt, dass dieser europäische Staat – will er im Inneren wirtschafts-, sozial- und umweltpolitisch handlungsfähig sein und will er in der Lage sein, globale Verantwortung zu übernehmen, eine innere Homogenität besitzen muss, die ihn davor bewahrt ständig nur mit sich selbst beschäftigt zu sein.

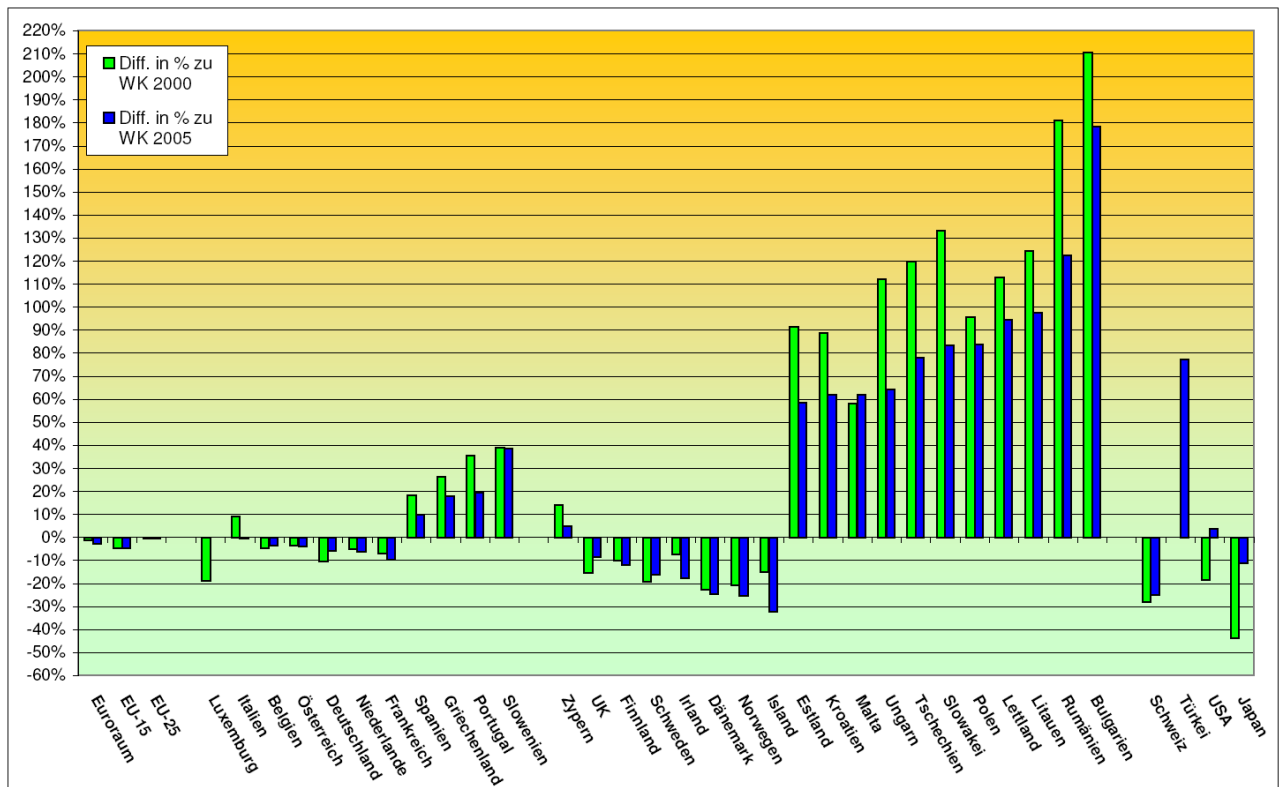
Daher schlagen wir vor, dass der **Europäischen Föderation** nur Staaten angehören,

- die der Euro-Zone angehören und die ein zufriedenstellendes Ausmaß an "realer ökonomischer Konvergenz" sowie ein entsprechendes Wohlstandsniveau erreicht haben.
- Unseren Zielsetzungen entsprechend soll es sich um Staaten handeln, die sich zum kontinentaleuropäischen Wirtschafts- und Sozialmodell bekennen.
- Und selbstverständlich soll es sich um Länder handeln, deren Regierungen und Bevölkerungen die notwendige europäische Einstellung und die Einsicht besitzen, dass die Gründung eines europäischen Staates eine Notwendigkeit darstellt.

Reale Ökonomische Konvergenz: Darunter verstehen wir, dass die Kaufkraft des Euro in den Gründungsstaaten der Föderation nicht zu unterschiedlich sein soll.

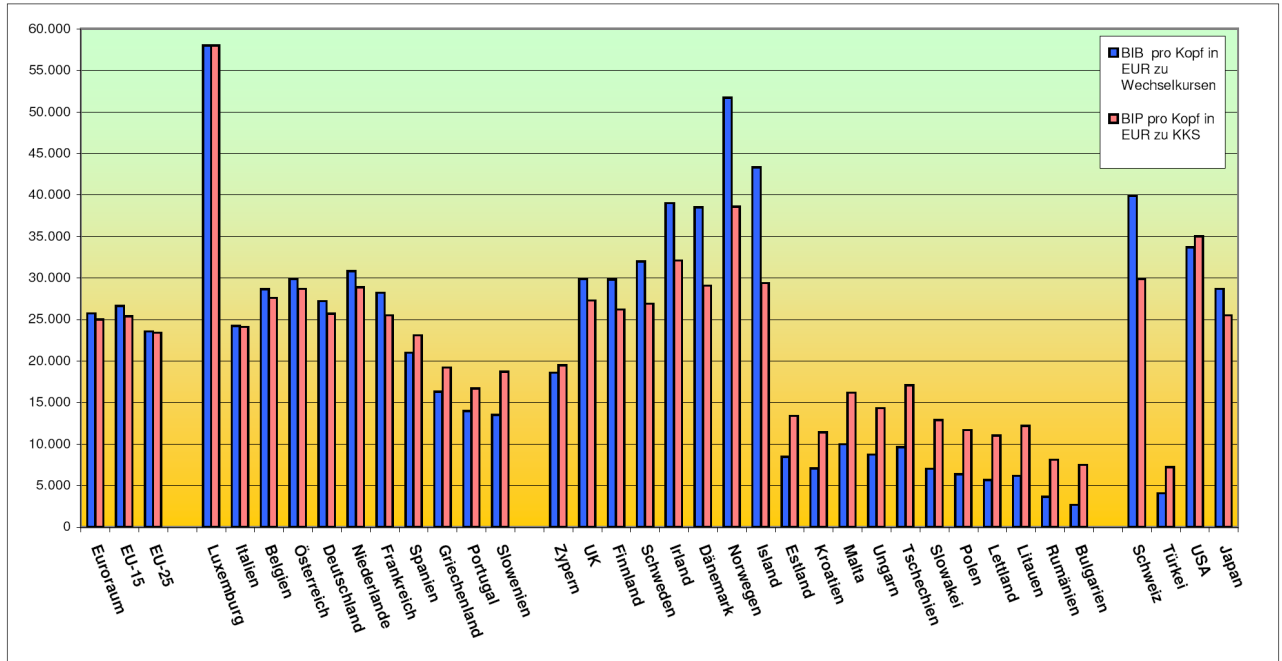
Unser Vorschlag ist, dass eine maximale Abweichung von 40 % vom Durchschnitt in der Eurozone zulässig sein soll.

Reale Konvergenz – Abweichung BIP/Kopf in Euro zu Wechselkursen und Kaufkraftstandards 2000 und 2005 (Quelle: Eurostat)



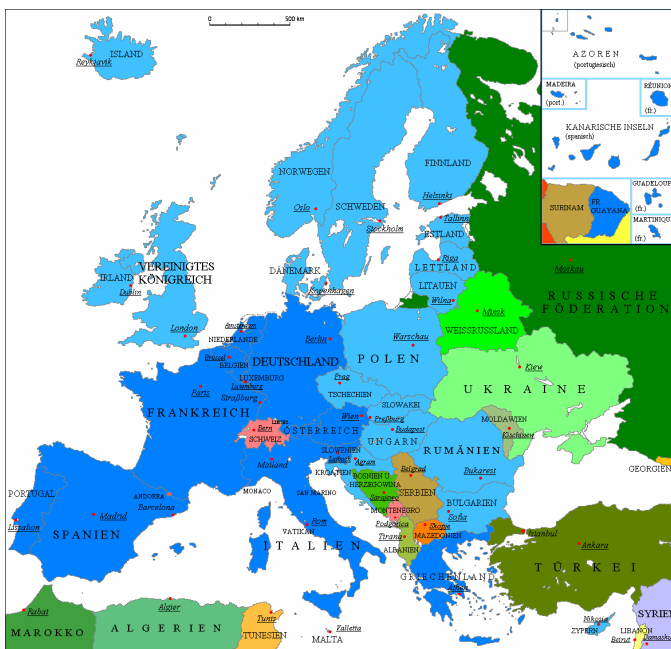
Wohlstandsniveau: Hier schlagen wir vor, dass das BIP/Kopf in Euro in den Gründungsstaaten der Föderation mindestens 50 % des durchschnittlichen Pro-Kopf BIP in der Europäischen Föderation (2005: € 25.400) betragen muss.

BIP pro Kopf 2005 zu laufenden Preisen (Quelle: Eurostat)¹



Unser Vorschlag ist daher, dass die Europäische Föderation von den sechs Gründerstaaten der EU, Spanien, Portugal, Griechenland, Österreich und Slowenien gebildet wird. Frankreich und Deutschland müssten jedenfalls dabei sein.

Europäische Union und Föderationsgründung ca. 2015



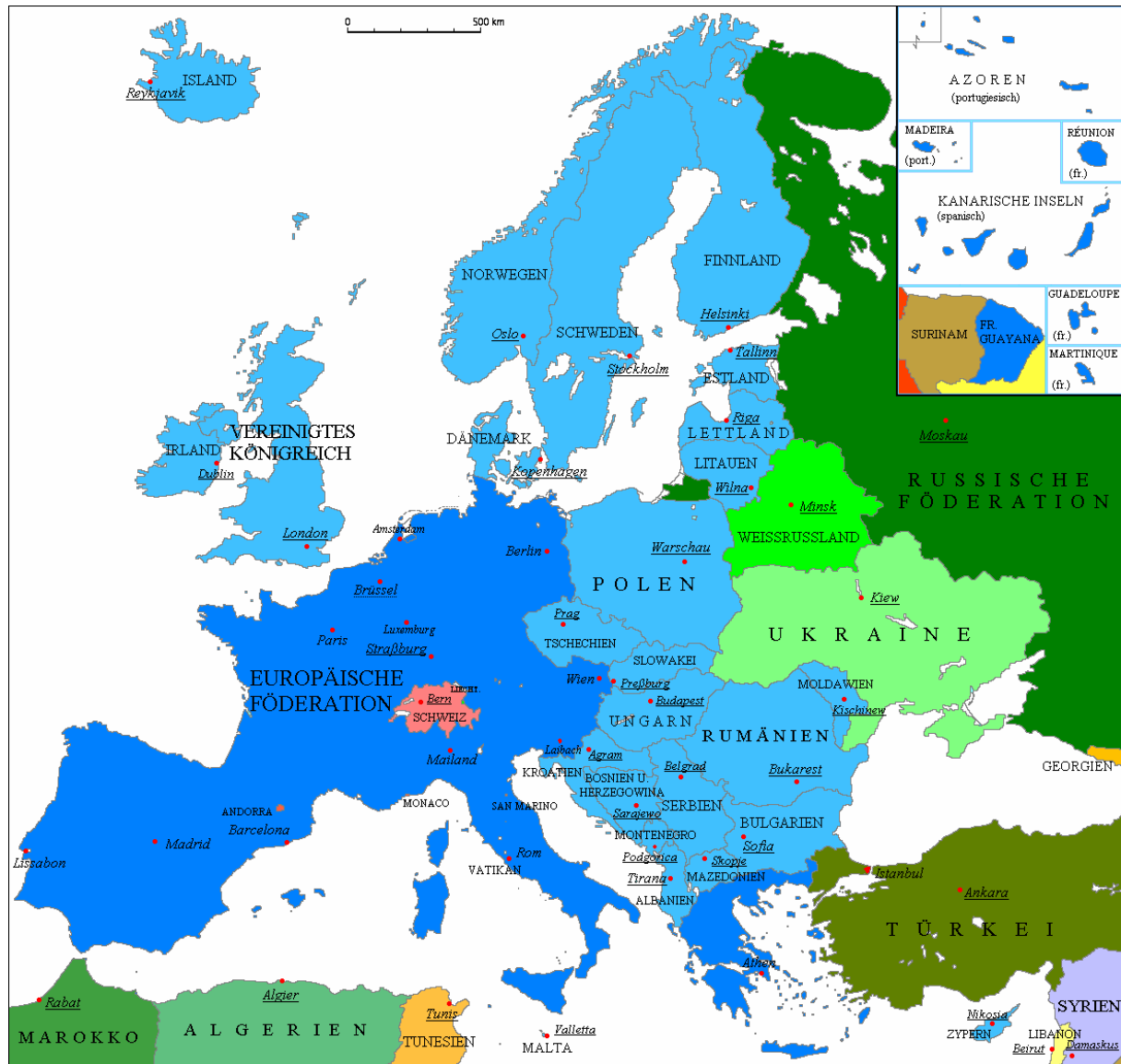
Frankreich ist übrigens von besonderer Wichtigkeit: Die Föderation würde die außenpolitische Rechtsnachfolge aller Bundesstaaten antreten, wobei sie aber von Frankreich den Status einer anerkannten Atommacht und den ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, mit Vetorecht, übernehmen würde. Ich sage gerne: Europa braucht Frankreich um das zu sein was es sein muss – ein Global Player, und Frankreich braucht Europa um das zu sein, was es sein will – eine Weltmacht.

Wir sehen hier in Dunkelblau jene Staaten, die sich zur Föderation zusammenschließen sollen. 2015 könnte es soweit sein und spätestens im Jahr 2015 könnten der EU dann auch bereits Kroatien und wir hoffen auch Norwegen und Island angehören.

¹ Das BIP pro Kopf ist in Luxemburg – gem. Erklärung Eurostat – sehr hoch, teilweise wegen des großen Anteils von Grenzgängern an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Grenzgänger werden – trotz ihres Beitrags zum BIP – bei der Berechnung des Pro-Kopf BIP nicht zur Wohnbevölkerung gerechnet. Bei größeren Staaten kann dieser Effekt im Gegensatz zu Kleinststaaten vernachlässigt werden.

Die nächste Folie zeigt dann die Europäische Union mit der Europäischen Föderation als Kern und Gravitationszentrum – 2020 dann auch bereits mit den Staaten des Westbalkans als EU-Mitglieder.

Europäische Union und Europäische Föderation 2020

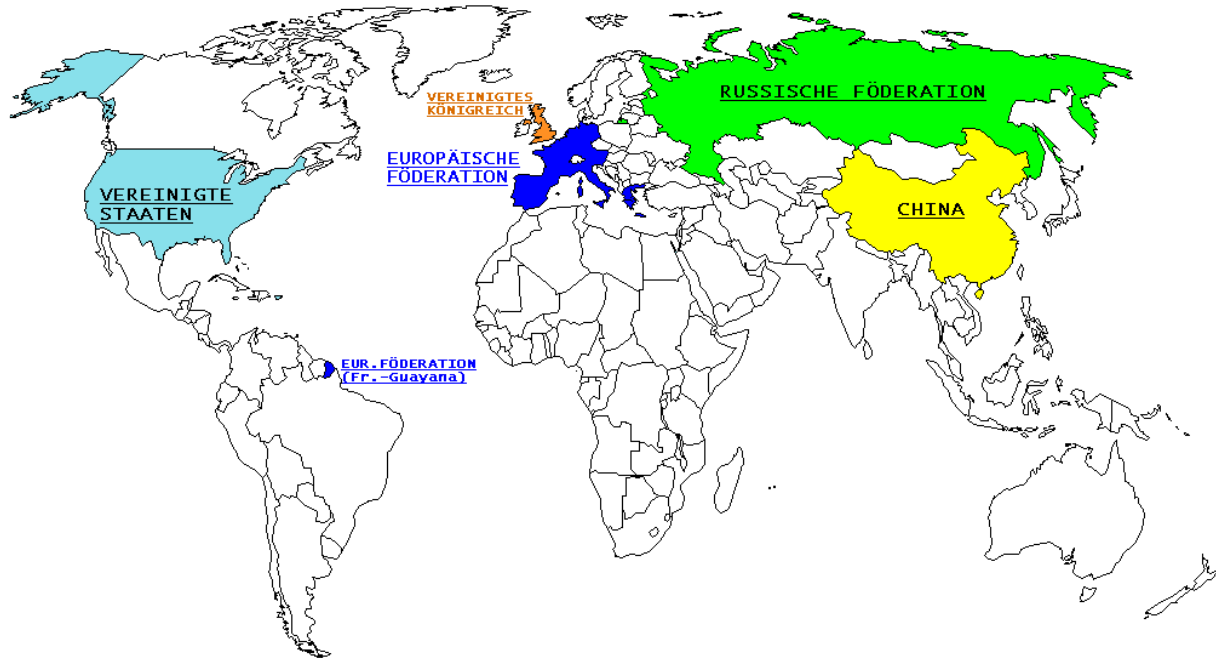


Betonen möchte ich: Bei unserem Vorschlag handelt es sich nicht um eine engere Zusammenarbeit eines Teils der EU-Staaten, was man häufig unter "Kerneuropa" versteht. Es handelt sich um den Zusammenschluss von EU-Staaten zu einem föderativen Staat! Die Mitgliederzahl der EU sinkt dadurch, weil sich mehrere Staaten zu einem Staat zusammenschließen!

Die Föderation wäre aufgrund ihrer Größe und dem daraus resultierenden politischen Gewicht – unabhängig von Stimmgewichtungen – die entscheidende Kraft in der Union. Die Föderation würde somit gewährleisten, dass die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, jedenfalls aber Europas – denn die EF könnte notfalls auch alleine oder in Allianz mit einem Teil der EU-Staaten handeln – gegeben ist.

Die nächste Karte zeigt die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates nach einer Föderationsgründung – also die weltpolitische Bedeutung einer solchen kerneuropäischen Föderation.

Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (mit Vetorecht) 2020



Nova Europa hat 2005 das Projekt "**Vision 2020**" gestartet, mit dem Ziel Politiken für eine Europäische Föderation zu entwickeln, mit denen wir in der Lage wären, die besprochenen Herausforderungen zu meistern und Europa und die Welt auf einen positiven Entwicklungspfad zu bringen.

Wenn uns dies gelingt – und wir sind auf gutem Weg – dann beweist das wiederum im Umkehrschluss – dass eine solche **kerneuropäische Föderation eine historische Notwendigkeit** ist.

Unsere Politiken entwickeln wir in drei Bereichen:

- Gesellschafts-, Innen- und Justizpolitik nach europäischen Vorstellungen
- Politik der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft
- und Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Föderation

Die Gesellschafts- und Innenpolitik habe ich bereits im Analyseteil meiner Ausführungen gestreift. Ich möchte nun in der gebotenen Kürze die Wirtschaftspolitik streifen und im Hinblick auf den Titel des Vortrags etwas detaillierter auf die Außen- und Äußere Sicherheitspolitik eingehen.

Nun, ich komme zur **Wirtschaftspolitik** – wie gesagt in aller Kürze – denn eine auch nur umrisshafte Behandlung des Konzepts würde selbst eine ganze Stunde in Anspruch nehmen.

Ich möchte hier nochmals das Zitat von Heiner Geißler einblenden:

"Die Dinge stehen auf dem Kopf: Die Wirtschaft dient nicht dem Menschen sondern beherrscht ihn. Und die Menschen verzweifeln an der Unfähigkeit der Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft und Journalismus, Konzepte zu entwickeln, die es erlauben, Globalisierung human zu gestalten."

Und weiter sagte er dann: "Wir müssen uns mit dem 'internationalen Kapitalismus' auseinandersetzen ... Wir brauchen ein Konzept für eine internationale sozialökologische Marktwirtschaft!"

Genau das ist unser Ziel – die Entwicklung eines politischen Konzepts für eine internationale, eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft.

In einem ersten Schritt beschäftigen wir uns

⇒ mit der Formulierung einer ökosozialen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik unter der Annahme, das Problem der nur mehr sehr eingeschränkt vorhandenen wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit der Staaten aufgrund globaler Konkurrenz und schrankenloser Kapitalmärkte sei gelöst.

Im Klartext heißt das,

- wir konzipieren eine Politik unter der Annahme, der Primat der Politik über die Wirtschaft sei wieder hergestellt.
- Oder einfacher formuliert: wir lassen das Argument "das geht nicht wegen der Globalisierung" nicht gelten.

Natürlich werden wir uns in einem zweiten Schritt dann der Frage zuwenden – wie können bzw. müssen die globalen ökonomischen Rahmenbedingungen geändert werden, um die konzipierte ökosoziale Wirtschaftspolitik umsetzen zu können?

Also zum ersten Schritt: **Wie soll eine ökosoziale Wirtschaftspolitik aussehen?**

Wir konzipieren eine Wirtschaftspolitik, einen Wirtschaftspolitik-Mix

- mit dem der technologische Fortschritt und die laufende Produktivitätssteigerung gefördert werden. Dies mit dem Ziel,
 - als Europäische Föderation in der Welt eines, wenn nicht das technologisch führende Land zu sein
 - und mit der Zielsetzung, den Wohlstand und die Lebensqualität der Bevölkerung durch Güter- und Freizeitwuchs mehr zu können.
- Wir konzipieren eine Wirtschaftspolitik, die für eine gerechte Verteilung des Wohlstands insb. des Produktivitätsfortschritts sorgt.
- Wir entwerfen eine Wirtschaftspolitik, die für Vollbeschäftigung sorgt! Wir sind davon überzeugt, dass es möglich ist, mit der richtigen Politik das Vollbeschäftigungsziel wieder zu erreichen.
- Wir konzipieren eine Politik und daher auch eine Wirtschaftspolitik, die Familie und Kinder möglich macht – auch mit dem Ziel, dass die Bevölkerungszahl konstant bleibt oder leicht schrumpft.
Ich möchte hier dazusagen: Wir wollen keine wachsende Bevölkerung – denn wir sind ohnehin bereits zu viele auf unseren Planeten. Da eine Konstanz wohl nicht erreichbar ist, halte ich das Ziel einer leicht schrumpfenden Bevölkerung für erstrebenswert, womit – im Gegensatz zu einer stark schrumpfenden Bevölkerung – eine Überalterung vermieden werden kann.
- Und – besonders wichtig – wir konzipieren eine Wirtschaftspolitik, die den Klimawandel stoppt und die Schöpfung bewahrt.

Eine solche ökosoziale Wirtschaftspolitik steht auf fünf Pfeilern – und ich habe diese in unserer heurigen Jänner-Klausur detailliert behandelt – kann sie aber hier aus Zeitgründen nicht näher ausführen.

- ⇒ Die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft
- ⇒ Eine Politik des nachhaltigen Wachstums, der permanenten Innovation und der Vollbeschäftigung
- ⇒ Eine Politik der finanziellen Stabilität
- ⇒ Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit
- ⇒ Eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit

Wenn wir die genannten Politiken ausformuliert haben, werden wir uns der Frage widmen, wie wir **die Rahmenbedingungen für die Ermöglichung einer solchen Politik herstellen können.**

Denn eines ist klar: Auch die Europäische Föderation stünde im globalen Wettbewerb und könnte unter den Rahmenbedingungen des globalen Neoliberalismus weder eine ökosoziale Marktwirtschaft verwirklichen, noch die Soziale Marktwirtschaft aufrechterhalten.

Zudem würde, angesichts der ökologischen Herausforderungen, eine ökologisch-soziale Politik nur in Europa letztlich wirkungslos bleiben.

Am einfachsten und am besten wäre es, wenn es gelänge eine **globale Wende** hin zu einer ökologisch und sozial regulierten Weltökonomie zu schaffen. Es müsste also versucht werden, die neben Europa entscheidenden Global Players zu überzeugen – also die USA vor allem, aber auch Japan und wahrscheinlich China, Russland, Indien ...

Eine Europäische Föderation bzw. eine durch die Föderation politisch dominierte Europäische Union hätte hier zweifellos ein anderes politisches Gewicht als die inhomogene und uneinige EU.

Das spricht ganz entscheidend für die Sinnhaftigkeit dieser kerneuropäischen Föderation.

Die zweite Möglichkeit, die wir hauptsächlich beschreiben werden, ist jene, eine **ökosozial orientierte Staatengruppe** rund um die Europäische Union aufzubauen wo den Entwicklungsländern in der Staatengruppe durch eine Art **neuen globalen Marshallplan** unter die Arme gegriffen wird.

Beim **ersten Weg** muss die Frage beantwortet werden, wie solche ökologischen und sozialen Regeln ausschauen sollen?

Welche Regulierungen sind erforderlich um es den Staaten zu ermöglichen,

- eine ökologisch nachhaltige
 - und sozial gerechte Politik
- zu verfolgen?

Wie ist es möglich, oder wäre es überhaupt möglich, dass die Staaten ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen? Ist der Primat der Staaten über die Wirtschaft wieder herstellbar? Oder nur der Primat der Staatengemeinschaft über die Wirtschaft?

Welche Institutionen braucht eine solche ökologisch und sozial regulierte Weltwirtschaft? Wie müssten IWF, Weltbank, WTO umgebaut werden? Bräuchte es zusätzlicher Institutionen?

Bei der Beschreibung des **zweiten Weges** – des Aufbaus einer ökosozialen Staatengruppe – einer alternativen ökosozialen Globalisierung wären die vorhin gestellten Fragen ebenso zu beantworten.

Und zwar deshalb, weil das interne Funktionieren der ökosozialen Staatengruppe geregelt werden müsste. Und die Frage, wer dazugehören kann. Welche Politik muss gemacht werden, wenn man dabei sein will ... Nur als Beispiel: Eine symbolische ökologische Steuerreform kann nicht reichen ... aber genauso wenig könnte man die Steuern in der gesamten Staatengruppe harmonisieren ...

Zusätzlich müsste die Frage der freundschaftlichen Koexistenz mit den wirtschaftsliberal orientierten Ländern gelöst werden. Braucht es Kapitalverkehrskontrollen und Zölle?

Nun, die Herausforderung besteht darin, ein gleichberechtigtes Miteinander eines Systems regulierter Globalökonomie und eines Systems einer weitgehend deregulierten Globalökonomie zu organisieren.

Ich möchte abschließend noch zur **Außenpolitik** und den außenpolitischen Möglichkeiten einer Europäischen Föderation kommen.

Die Außenpolitik einer Europäischen Föderation sollte gemäß unserem Konzept

- die Politik der weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft unterstützen
- und sie soll dazu beitragen, dass die Werte an denen wir unsere Politik im Inneren ausrichten und die wir für universell halten – also die Menschenrechte – soweit möglich auch international durchgesetzt werden.

Zielsetzungen der Außen- und der Äußeren Sicherheitspolitik sollen daher folgerichtig sein:

- Die Absicherung der Politik der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft;
- Der Schutz der Biosphäre;
- Der weltweite Schutz der Menschenrechte;
- Die Gewährleistung der eigenen äußeren Sicherheit;
- Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen;

Gehen wir die Punkte durch:

Die Absicherung der Politik der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft

Hier schließen wir insb. an die Konzeption einer ökosozialen Staatengruppe an, der – aus mehreren Gründen – wohl eine Menge an Entwicklungsländern angehören würden.

- Da wäre natürlich der neue Marshallplan als Anreiz.
- Da wäre aber auch davon auszugehen, dass die Staaten der Francophonie – aufgrund ihrer engen Bindung an Frankreich und der Bindung des CFA-Franco an den Euro – zu dieser Staatengemeinschaft stoßen würden.
- Und es ist davon auszugehen, dass zumindest ein Teil der Länder Lateinamerikas bei einer ökologisch-sozialen Staatengemeinschaft mitmachen würden.

Es geht bei der Politik der Absicherung der weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft um folgende Überlegungen:

- Eine an Ökologie und sozialer Gerechtigkeit orientierte Politik von Entwicklungsländern wird in manchen Ländern mit hoher Wahrscheinlichkeit innere Gegner auf den Plan rufen - mächtige, finanzkräftige Gegner, die eventuell vor skrupelloser Politik – Militärputsch, politische Morde etc. – nicht zurückschrecken.
Die Föderation müsste sich verpflichtet fühlen, die politische Stabilität der Länder der ökosozialen Gemeinschaft zu garantieren. Das bedeutet politische und militärische Rückendeckung von den Menschenrechten, der sozialen Gerechtigkeit und dem Umweltschutz verpflichteten Regierungen.
- Damit zusammenhängend geht es darum, den Rechtsstaat in diesen Ländern mit aufzubauen und zu stärken; Richter, Polizei ... Mafiose Strukturen müssen zerschlagen, Terrorismus ausgemerzt und Korruption ausgetrocknet werden.
- Es geht weiters darum, dass die Föderation auch in der Lage sein muss, Staaten dieser Gemeinschaft ihre äußere Sicherheit zu garantieren. Kein Staat soll der Gemeinschaft nur deshalb nicht beitreten können, weil er z.B. auf den Schutz und die Garantien der USA angewiesen ist.

Weitere außenpolitische Zielsetzung müsste der **Schutz der Biosphäre** sein.

Das beginnt damit, dass der Schutz der Umwelt ein zentrales Thema der Diplomatie sein muss und es endet damit, dass die Einhaltung von Fischfangquoten und Fischereiregeln – insb. ein Verbot der Schleppnetzfisherei – sowie das Gebot, die Meere sauber zu halten, durch die Seestreitkräfte der Europäischen Föderation kontrolliert und durchgesetzt werden.

Das würde die Europäische Föderation natürlich nicht weltweit tun können – aber sie könnte sich für den Schutz der wesentlich ausgeweiteten Hoheitsgewässer der EU-Staaten und der Staaten der ökosozialen Gemeinschaft per Militärdoktrin für zuständig erklären. Und ich wüsste nicht, wer sie daran hindern könnte.

Der **Schutz der Menschenrechte weltweit** – das wäre das aus unseren innenpolitischen Konzepten abgeleitete außenpolitische Ziel.

Die Menschenrechte sind universell! Kann Europa zusehen, wenn Hunderttausende oder gar Millionen durch Völkermord hingemetzelt werden? Kann Europa zuschauen wie Millionen von Frauen weltweit ihrer fundamentalsten Rechte beraubt werden?

Wo immer möglich und wo immer ein Wandel zum Besseren erwartbar ist, sehen wir die Pflicht eines so bedeutenden Staates wie einer Europäischen Föderation helfend tätig zu werden oder auch aktiv einzugreifen ... und das kann bis zum militärischen Eingreifen gehen.

Was man hier auch fragen muss:

- Ist ein Eingreifen im Sinne der Güterabwägung überhaupt möglich? Beispiel: Eine Europäische Föderation wird nicht wegen Menschenrechtsverletzungen in China einen Krieg beginnen können – und erst recht keinen Atomkrieg!
- Wie hoch sind die erwartbaren eigenen Verluste an Menschen und wie hoch sind die Kosten, wenn Europa eingreift?
- Und ist überhaupt ein Erfolg zu erwarten – oder wird durch europäisches Einreifen alles noch schlimmer? Man braucht hier nicht lange herumzureden – sondern man kann einfach auf den Irak hinweisen.

Schließlich ist das selbstverständlichste Ziel zu erwähnen: **Die Gewährleistung der eigenen äußeren Sicherheit;**

Hier kann es übrigens nicht nur um militärische Bedrohung gehen.

- Es geht hier auch um Staaten, von deren Territorium terroristische Bedrohungen ausgehen,
- und es geht auch um Staaten, die in Europa Bewegungen finanzieren, die sich gegen die Menschenrechte – insb. die Gleichberechtigung von Mann und Frau – und gegen europäische Werte und Freiheiten engagieren!

Wenn wir uns den saudischen Islam anschauen und wenn wir uns anschauen, welchen Islam die Saudis bei uns finanzieren, dann müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen, ob wir es hier nicht mit falschen Freunden zu tun haben?

Ansprechen muss man auch die Notwendigkeit der atomaren Abschreckung! In einer Welt, in der das Wissen, wie man Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen herstellt, vorhanden ist, kann der demokratische Westen und könnte eine Europäische Föderation – als legale Atommacht – nicht auf nukleare Abschreckung verzichten. Dürrenmatt lässt seinen Möbius in den Physikern sagen: "Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden".

Wenn die Sicherheit der ökosozialen Staatengruppe gewährleistet werden soll, dann wohl erst recht die der EU-Staaten. Wir denken daher die Fusion der WEU mit der EU an – also die Ausweitung der Sicherheitsgarantien des Art. 5 des WEU-Vertrages auf die gesamte Union.

Da die Europäische Föderation eine militärische Supermacht wäre – es auch sein muss – kann man auch die Frage stellen, ob dann die NATO noch Sinn macht. Das enge Verhältnis zu den USA sollte aber auf jeden Fall aufrechterhalten werden und mit dieser bei der Zielsetzung der universellen Durchsetzung der Menschenrechte und der Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zusammengearbeitet werden.

Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen – ein schwieriges Thema, für das ich jetzt keine wirkliche Lösung präsentieren kann. Klar ist aber jedenfalls, dass die Staatengemeinschaft den Besitz von Nuklearwaffen durch andere Staaten als die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UN nicht tolerieren sollte.

Ich schließe meine Vorträge im gerne mit dieser Folie ab: Viele werden sagen, eine Utopie – wir von Nova Europa sagen, eine Vision! Und von Helmut Kohl stammt dieses Zitat:

"Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte".